

um das Thema „Familien“ anbieten. Damit halten wir in Nordrhein-Westfalen ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot vor. Die Familienberatungsstellen bieten auch alleinerziehenden Müttern und Vätern Unterstützung in allen Fragen der Erziehung, bei der Gestaltung des Alltags und in besonderen Problemlagen.

Wir wissen, meine Damen und Herren, dass Alleinerziehende dieses Angebot auch nutzen. Jährlich sind rund 21.000 der abgeschlossenen Fälle Beratungen von Alleinerziehenden. Sie machen damit ein Fünftel der Beratungen aus.

Vor besonderen Herausforderungen stehen auch pflegende Angehörige. Hier für stabile Rahmenbedingungen zu sorgen, ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Dazu gehören Unterstützungsangebote für pflegebedürftige Menschen und ihre pflegenden Angehörigen im Alltag. In Nordrhein-Westfalen steht eine Vielzahl solcher Unterstützungsleistungen zur Verfügung, die wir zusammen mit unseren Partnern im Land kontinuierlich weiterentwickeln.

Die vielen Angebote und Leistungen für Familien und pflegende Angehörige wollen wir auf landesweiten Online-Portalen bündeln. Die Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen von Land und Kommunen treibt die Landesregierung deshalb mit Nachdruck voran. Damit schaffen wir einen nachhaltigen Zeit- und Komfortgewinn für Familien in allen Lebenslagen – eine wichtige Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen empfiehlt in Drucksache 17/11680, den Antrag abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 17/8765 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8765** wie festgestellt **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

9 Schluss mit der Existenzvernichtung auf Verdacht! Lockdowns und Sperrstunden in der Gastronomie beenden!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11663

Ich eröffne die Aussprache. – Für die AfD spricht Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht erinnern Sie sich mit mir an die Plenarsitzung vom 18. September. Da ging es zuletzt um die Gastronomie. Mein Kölner Kollege Kehrl von der CDU stand hier und brachte seine Version des Bläck-Fööss-Klassikers „En unserem Veedel“ zum Vortrag. Das war dann aber auch schon das Gehaltvollste, was CDU und FDP zum Thema beizutragen hatten. Ansonsten haben sie den Gastronomen, die den ersten Shutdown überstanden und in Hygienemaßnahmen erheblich investiert haben, empfohlen, sie sollten auch noch in Heizpilze und Luftfilteranlagen investieren.

Nun zitiere ich mal mich selbst aus derselben Debatte:

„Für den kleinen Kneipen- und Gasthausbesitzer ist so etwas keine Option. Er müsste massiv investieren und weiß überhaupt nicht, ob seine Investition morgen noch etwas wert ist. Schließlich ändern sich die Coronaerlasse der Ministerien ... häufiger als der Wetterbericht.“

Siehe da: Gut einen Monat später passiert genau das. Die Gastronomen müssen schließen. Alle Mühlen waren für die Katz. CDU und FDP haben sie hängen lassen, weil Mutti das nun einmal so will.

Die spannende Frage: Warum eigentlich? Auf welcher Grundlage wird die Existenz so vieler Menschen im Land gefährdet oder gar vernichtet?

Ja, die Coronafallzahlen sind angestiegen. Ich will hier gar nicht die Debatte darüber eröffnen, was das heißt, wie gefährlich es ist und wer schuld daran hat – auch wenn all das sehr berechtigte Fragen sind.

(Henning Höne [FDP]: Herr Tritschler, Sie haben hier doch schon mal gesagt, die Pandemie sei bereits vorbei!)

– Hören Sie doch mal zu, Herr Kollege Höne.

Es geht hier um die Gastronomie und darum, welche Rolle sie im Infektionsgeschehen spielt. Dazu haben wir Ihnen schon ein paar Zahlen in den Antrag geschrieben.

Trotzdem will ich an dieser Stelle noch eine Quelle ergänzen: eine Studie quasi aus dem Vatikan der deutschen Lockdown-Gläubigen, direkt vom Robert Koch-Institut.

Dieses hat nämlich ermittelt, wo die meisten Ansteckungen stattfinden. Die wichtigsten Orte nenne ich hier einmal: Wohnstätten – also Privathaushalte, JVs, Asylbewerberheime etc. – 63,6 %, medizinische Einrichtungen 8,6 %, Arbeitsplatz 5,2 %, Freizeitbereich 3,1 %, Hotels, Herbergen etc. 2,5 %,

Betreuungseinrichtungen 2,2 % und erst dann die Gaststätten mit 0,5 %. In 13,5 % der Fälle konnte nicht ermittelt werden, wo es stattgefunden hat.

0,5 %, also 1 von 200 Ansteckungen, findet nach dieser Studie in der Gastronomie statt. Das ist Ihre Grundlage dafür, die komplette Gastronomie dichtzumachen. Das ist die Grundlage für Existenzgefährdung und Existenzvernichtung in diesem bisher ungekannten Ausmaß.

Jetzt werden Sie gleich sagen, Sie könnten soundsoviel Prozent der Ansteckungen nicht nachverfolgen. Wie viel Prozent genau – da war sich in der letzten Sitzung nicht einmal die CDU so richtig einig.

Meine Damen und Herren von der Regierung, da müssen Sie sich nach acht Monaten aber schon einmal fragen lassen, warum Sie immer noch nicht wissen, warum die Nachverfolgung nicht klappt.

Noch viel wichtiger: Sie müssen sich fragen lassen, warum Sie auf Grundlage von Nichtwissen eine ganze Branche mit einem quasi Berufsverbot belegen.

Was meinen Sie, was jetzt passiert? Glauben Sie, die Leute sitzen jetzt mit ihrer Alltagsmaske zuhause alleine auf dem Sofa und verfolgen die „Tagesschau“ und die neuesten Coronaberichte mit der Kanzlerin? Das mag auf gewisse Altersklassen vielleicht zutreffen. Aber glauben Sie wirklich, dass Sie junge Leute davon abbringen werden, sich zu treffen und zu feiern?

Warum sollten die das auch machen? Die Leute haben inzwischen ja bemerkt, dass diesseits des Rentenalters keine ernst zu nehmende Gefahr vom Virus ausgeht. Die Chancen sind sogar recht hoch, dass die Betroffenen eine Erkrankung gar nicht bemerken. Wer dann nicht zu einer anderen Risikogruppe gehört und nicht mit jemandem zusammenwohnt, der zu einer Risikogruppe gehört, sieht es zunehmend nicht mehr ein, dass er ein Einsiedlerdasein führen soll.

Ich sage es an dieser Stelle ganz klar: Ich habe vollstes Verständnis, ja Sympathie für die jungen Leute, die sich ihre Jugend nicht stehlen lassen, weil unsere Regierung bei der Coronabekämpfung inzwischen jedes Maß verloren hat.

(Vereinzelt Beifall von der AfD)

Aber dieses Ausweichen in private, unkontrollierte Räume – sei es die Garage, der Hobbykeller oder die WG-Küche – konterkariert natürlich alles, was Sie mit dem Lockdown der Gastronomie zu erreichen glauben; denn an diesen Orten hat keiner Plexiglasscheiben eingebaut, desinfiziert keiner die Tische und führt auch ganz sicher keiner Kontaktlisten. Vor allem wird dem Gesundheitsamt auch keiner sagen, dass er bei einer solchen Feier war; denn er muss ja Strafe

befürchten und würde seinem Gastgeber Unannehmlichkeiten bereiten

Währenddessen darbt die Gastronomie im Lockdown. Der Branchenverband DEHOGA und die Gewerkschaft rechnen damit, dass ein Drittel der Betriebe den Winter nicht überstehen wird. 8.300 Betriebe bundesweit sind akut insolvenzgefährdet, und das alles ohne wissenschaftliche Grundlage auf Verdacht. Meine Damen und Herren, das ist grob fahrlässiges Regieren und nichts anderes.

Jetzt sagen Sie den Gastronomen aber: Ihr kriegt ja Almosen, soundsoviel Prozent vom Vorjahresumsatz. – Das ist ganz klar besser als nichts, keine Frage. Aber das wird vielen nicht mehr helfen. Die sind schon vor dem zweiten Lockdown auf dem Zahnfleisch gegangen und haben jeden Euro gebraucht. Das ersetzt keine Trinkgelder, und dies hilft auch nicht den vielen Aushilfen in der Branche, die jetzt wieder keinen Cent Kurzarbeitergeld bekommen.

Sie vernichten Existenzen, und Sie vernichten jahrhundertealte Kultur – auf Verdacht, man kann es nicht oft genug sagen, und völlig unbegründet.

Die FDP, die in den Talkshows das freie Unternehmertum preist und die Coronamaßnahmen kritisiert, nickt hier in NRW brav alles ab, was sie von der CDU vorgesetzt bekommt. Sie, meine Damen und Herren von der FDP, hätten es genauso in der Hand. Sie sind hier in NRW genauso an der Regierung. Aber Sie machen mal wieder das, was Sie am besten können: Nichts.

Meine Damen und Herren, hören Sie endlich damit auf, die Menschen in relevant und irrelevant zu unterteilen. Gewähren Sie den Unternehmern und den Beschäftigten in der Gastronomie ihr selbstverständliches Recht, von ihrer eigenen Hände Arbeit leben zu können. Machen Sie Schluss mit diesem brutalen und sinnlosen Lockdown und stimmen Sie für unseren Antrag.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Preuß.

Peter Preuß^{*)} (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist anzuerkennen – und das ist auch meine persönliche Wahrnehmung bei Restaurantbesuchen –, dass die Gewerbetreibenden in der Gastronomie und ihre Mitarbeiter in den vergangenen Monaten gezeigt haben, dass sie verantwortungsbewusst und gewissenhaft mit den Herausforderungen der Coronakrise umgehen können. Gastwirte haben investiert, es gibt zahlreiche innovative Konzepte.

Aber darum geht es nicht. Es ist doch eine Tatsache, dass das Risiko immer dort besteht, wo viele Menschen zusammenkommen, sei es in Gaststätten, da vor, auf dem Weg dorthin oder zurück,

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Nennen Sie mal eine Studie dafür!)

weil Kontakte genau die Ursache für die Übertragung des Virus sind. Und je größer die Menschengruppe ist, desto größer ist das Infektionsrisiko; das gilt grundsätzlich auch in einer Gaststätte.

Selbstverständlich kann man die Frage stellen, ob Sperrstunden oder Schließungen geeignet sind, Infektionen mit dem Coronavirus zu verhindern. Es gibt aber keine sichere Erkenntnis darüber, dass diese Maßnahmen nicht geeignet seien.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Deshalb ist es eine richtige und sogar kluge Politik, den sichersten Weg zu gehen. Das OVG Münster jedenfalls hat kürzlich die Maßnahme für verhältnismäßig erklärt.

Weil das Ansteckungsgeschehen diffus ist, geht es darum, im Rahmen des Möglichen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und im Interesse des Gesundheitsschutzes aller Menschen das Risiko für jeden Einzelnen, ob jung oder alt, krank oder gesund, mindestens zu minimieren. Wir stimmen dem Antrag der AfD daher nicht zu.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der AfD: Ah, das überrascht!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD- Fraktion spricht der Abgeordnete Fortmeier.

Georg Fortmeier (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! So wie der Kollege Preuß will auch ich anerkennen, dass die Gastronomie in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Monaten ihr Bestes gegeben hat und mit viel Kreativität, mit Fleiß und vielen Investitionen gute Hygienekonzepte erarbeitet hat.

Weil das so ist, erkennen wir als SPD-Fraktion auch an, dass es Hilfsmaßnahmen geben muss – jetzt, für diesen Monat, wo sie erneut herunterfahren müssen. Diese Hilfsmaßnahmen müssen unbürokratisch und schnell gezahlt werden, möglicherweise mit Abschlagszahlungen. Das wird man alles noch erarbeiten müssen.

Es geht bei dieser Debatte heute nicht darum, die Gastronomiebranche pauschal zu bestrafen, so wie es der Antrag vermuten lässt – ganz im Gegenteil. Aber wir wollen bei dieser gefährlichen Pandemie natürlich verantwortungsvoll handeln und so viele Freiheiten wie möglich zulassen. Das ist ein Drahtseilakt,

das sehen wir. Wir würden auch gerne auf diesen Drahtseilakt verzichten, aber ein falscher Schritt kann schlimme Folgen haben. Denn wenn das Virus erst einmal außer Kontrolle ist, dann steigen die Kranken- und Todeszahlen schnell an. Das sehen wir in Frankreich, in Belgien und auch in Nordrhein-Westfalen.

Sie von der AfD sind gar nicht in der Lage, so auszubalancieren, denn Ihre politische Sprache kennt nur Extreme. Wir erkennen die Coronarealität an, die Sie Hysterie nennen. Deshalb hören wir aus Ihrer Fraktion auch keine konstruktiven Vorschläge, sondern den gleichen Populismus, den wir bei anderen Themen in den vergangenen Jahren schon gehört haben.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Sie sind ja noch nicht so lange hier, vielleicht halten Sie sich etwas zurück mit solchen Urteilen!)

Ich nenne beispielhaft zwei Themen: Flüchtlingsprobleme und Klima. Deshalb überrascht es uns nicht, dass Sie willig politischen Profit aus einer Krise ziehen wollen nach dem Motto – der Kollege Engstfeld hat dieses Zitat vorhin auch schon bei Tagesordnungspunkt 5 gebracht – „Je schlechter es Deutschland im Allgemeinen geht, desto besser für die AfD“.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich bin sicher, dass Sie schon entsprechende Pressemitteilungen oder Onlinebilder vorbereitet haben, in denen Sie erklären, dass allein die AfD die Öffnung der Gastronomie fordert –

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist doch eine andere Sache!)

ganz so, als gäbe es keine Coronakrise und nach dem aktuellen Stand keine 2.465 Tote in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Jede und jeder verantwortungsbewusste und verantwortungsvolle Politikerin und Politiker muss doch abwägen, was an der Stelle wichtig ist: das Leben der Menschen in unserem Land oder eine Öffnung der Gastronomie, der wir dann, wenn geschlossen wird, Hilfsmaßnahmen zahlen?

Ich hatte vorhin ein Gespräch mit dem neuen Geschäftsführer vom DEHOGA-Verband in Nordrhein-Westfalen. Die wissen ganz genau, wer sich um ihre Belange kümmert. Sie sind auch in den sozialen Netzwerken und Medien unterwegs und sehen genau, wer versucht, kurzfristig Kapital aus solchen Sachen zu ziehen, und wer sich tatsächlich ernsthaft kümmert.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ihr Fraktionsmitglied Röckemann hat auf Facebook zu den Demonstrationen in Leipzig „Heldenstadt Leipzig“ gepostet und nennt die Angriffe auf Presse und Polizei „friedlich“. Sie, Herr Tritschler, sprechen

bei solchen Superspreaderevents davon, dass Besucher das eigene Risiko tragen.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ja!)

Das ist, glaube ich, eine falsche Abwägung.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Das nennt man eigenes Risiko! Eigenverantwortung! Das kennen Sie nicht bei der SPD! – Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Wir sind der Auffassung, dass in solchen Zeiten die eigene Disziplin der größte Schritt zur Freiheit ist.

(Helmut Seifen [AfD]: Es geht um Gaststätten, Herr Fortmeier!)

Der Grad, in dem wir Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen, ist an den Infektionszahlen ablesbar. Das Virus lässt sich garantiert nicht von Ihren markigen Sprüchen beeindrucken.

Wir nehmen unsere Verantwortung wahr. Sie suggerieren auch eine falsche Richtung, wenn Sie von „Existenzvernichtung auf Verdacht“ in der Überschrift Ihres Antrages sprechen.

Wir diskutieren das jeden Monat sehr behutsam und maßvoll mit dem Minister zusammen im Wirtschaftsausschuss – alle Fraktionen außer der AfD. Wir diskutieren Maßnahmen, die zwischen Lösungen für die Gastronomie und dem Gesundheitsschutz abwägen. – Selbstverständlich lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fortmeier. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Abgeordnete Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Punkt „Gastronomie“ hatte ich heute Morgen unter TOP 1 schon ausgeführt. Ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, sondern vielleicht noch etwas ergänzen.

Was müssen wir jetzt tun? – Wir müssen den November nutzen, um die Strategie zur Bekämpfung der Pandemie zu verbessern und weiterzuentwickeln. Zukünftige Maßnahmen können nur so zielgerichteter ausgestaltet werden. Die nun versprochenen Unternehmenshilfen für die Gastronomie müssen schnell und unbürokratisch fließen, denn für viele Betriebe zählt jeder Tag. Ich sehe hier unseren Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart sitzen, der das Wort „unbürokratisch“ quasi erfunden hat.

(Lachen von den GRÜNEN)

Ich denke, er wird das sicherlich noch ergänzen.

Aber was kann jeder Einzelne von Ihnen tun? – Ein Hinweis von mir: Lassen Sie in den nächsten Tagen

öfter einmal die Küche kalt und bestellen Sie bei Ihrem Lieblingsrestaurant! Viele bieten das im Moment an. Verschenken Sie vielleicht den einen oder anderen Gutschein, den Sie jetzt schon abholen, zu Weihnachten! Ich nutze solche Angebote fleißig. Das ist ein kleiner Beitrag, wie wir unseren Gastronomen helfen können. Der vorliegende Antrag ist sicherlich keiner. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneider. – Als nächste Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will es vorwegschicken: Wir lehnen den Antrag ab. Wir lehnen ihn nicht deswegen ab, weil wir nicht die Not der Gastronomiebetriebe kennen würden. Darüber haben wir heute Morgen unter anderem schon geredet. Wir lehnen ihn deswegen ab, weil er spalten will, weil er Zwierrat säen will

(Helmut Seifen [AfD]: Hä?)

und weil er in einer ganz üblen Art und Weise populistisch ist.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Menschenverachtend! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich will Ihnen das an wenigen Beispielen deutlich machen:

(Beifall von der SPD)

Sie reden davon, dass 40 % der Infektionswege bekannt seien. Das setzt voraus, dass 60 % der Infektionswege nicht bekannt sind.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Laut einer Studie!)

Wenn 60 % der Infektionswege nicht bekannt sind, dann ist das ein derart hohes Risiko – darunter fallen unter anderem auch Gastronomiebetriebe –,

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Dann muss alles eingestellt werden! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dass man dieses Risiko nicht eingehen kann. Ich will das mit einem Hinweis auf Italien und Frankreich verbinden: Überall dort, wo die Fallzahlen besonders stark gestiegen sind, geht man genau diesen Weg, die Restaurationsbetriebe einzuschränken.

(Helmut Seifen [AfD]: So wie in Schweden!)

Das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ hat heute auf eine Studie der Stanford University hingewiesen, die über 50.000 Infektionswege nachvollzogen hat und davon ausgeht, dass die Hauptinfektionswege in

Restaurants, Fitnessstudios und Cafés sind. Wir müssen davon ausgehen, dass das tatsächlich eine echte Gefährdungstufe ist.

Nicht nur Virologen weisen darauf hin, dass die bekannten Zahlen – die 40 % – in der Regel die Zahlen sind, die man tatsächlich noch nachermitteln kann. Das gilt nicht für die „Infektion null“, wo sich der Erste oder die Erste infiziert hat. Das ist genau das Problem, was wir bei der Nachverfolgung haben, nämlich dass wir da nicht herankommen. Es spricht einiges dafür, dass das an den beschriebenen Stellen ist. Deswegen lehnen wir auch in der Sache Ihren Antrag ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Becker, es gibt den Wunsch vom Abgeordneten Tritschler nach einer Zwischenfrage.

(Horst Becker [GRÜNE] lehnt ab.)

– Dann vielen Dank. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vom Bund und von den Ländern beschlossenen Maßnahmen haben ihren Niederschlag in der Coronaschutzverordnung für Nordrhein-Westfalen gefunden. Sie bedeuten eine besondere Härte für das Gaststättengewerbe, für Hotels, für andere Freizeitbereiche, für Kultureinrichtungen. Dessen sind wir uns alle bewusst.

Ich möchte hier hervorheben, unabhängig von vorliegenden oder nicht vorliegenden Statistiken – und das ist, glaube ich, auch die Haltung hier im Hohen Haus –, dass die große Zahl unserer Gaststättenbetreiberinnen und -betreiber einen guten Job machen, auch im letzten Monat einen tollen Job gemacht haben und auch in den Jahren und Jahrzehnten davor bei Hygiene und anderen Themen immer vornean standen. Wir können stolz auf die Gastronomie in Deutschland und hier in Nordrhein-Westfalen sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das will ich auch vor dem Hintergrund sagen, dass wir uns bewusst sind, dass die jetzt getroffenen Entscheidungen getroffen worden sind, um Kontakte einzuschränken, was wiederum notwendig ist, um die starken Zuwächse im Infektionsgeschehen auszubremsen. Es sind in der Abwägung Bereiche herausgenommen worden, damit andere Teile der Wirtschaft und der Bildungsbereich weiterarbeiten können. Das ist eine Abwägung gewesen, die es hier zu treffen galt.

Wir müssen uns bei dieser Abwägung umso mehr um diejenigen kümmern, die jetzt in ihrem wirtschaftlichen Tun eingeschränkt werden. Auch das war Gegenstand der Entscheidung von Bundesregierung und Ländern bei dem Treffen der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin. Das setzen wir jetzt um. Wir arbeiten sehr intensiv daran – wir haben heute Mittag bereits darüber diskutiert –, dass hier in angemessener Weise schnell geholfen werden kann. Wir arbeiten auch an den Verbesserungen der Rahmenbedingungen, damit, wenn diese Welle gebrochen ist, in nächster Zeit nicht die nächste auf uns zurollt. Dafür schaffen wir seit Monaten Voraussetzungen. Wir werden weitere entwickeln, damit uns das noch besser gelingt.

Es empfiehlt sich gelegentlich der Blick ins benachbarte europäische Ausland

(Zuruf von der AfD: Schweden!)

und weltweit, um einmal zu fragen, wie denn die anderen mit der Pandemiesituation zurechtkommen. Man kann hier parteiübergreifend auch einmal feststellen: Deutschland, auch Nordrhein-Westfalen, hat insgesamt eine gute Bilanz in all seinen Punkten vorzuweisen. Dazu haben ganz wesentlich viele Menschen, vor allem in den Krankenhäusern, in den Pflegebereichen, in vielen Unternehmen, Verwaltungen und Behörden in den letzten Monaten einen ganz zentralen Beitrag geleistet, wofür wir herzlich dankbar sind.

Wir wollen uns das erhalten, wir wollen sehen, dass wir insgesamt gut durch diese schwierige Phase kommen. Das setzt voraus, dass wir dort Ausgleich erbringen, wo es notwendig ist, dass wir die Voraussetzungen verbessern, um in Zukunft derartige Einschränkungen nicht erneut werden vornehmen müssen. Dazu müssen alle, in der Bevölkerung und in den Unternehmen, ihren Beitrag leisten.

Insoweit – das muss ich ganz ehrlich sagen – bin ich über den Stil des Antrages und seine Einbringung mehr als verwundert. Das nimmt auf die besondere Situation, mit der wir es hier aus meiner Sicht zu tun haben, in keiner Weise angemessen Rücksicht. Wir sind in engen Gesprächen mit den jetzt Betroffenen. Ich habe von deren Vertreterinnen und Vertretern und den dort Handelnden eine solche Sprache jedenfalls nicht vernommen. Da gibt es Verständnis, da gibt es auch berechnete Erwartungen und Forderungen an die Politik.

Wir wollen dies umsetzen, und daher ist für mich zentral, dass wir die, die wir jetzt herausgenommen haben, nicht schlechtreden, sondern anerkennen, was dort geleistet wird und sie in Zukunft so stellen, dass sie ihre Arbeit baldmöglichst wieder aufnehmen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD noch einmal Herr Abgeordneter Tritschler das Wort für ambitionierte 20 Sekunden Redezeit.

Sven Werner Tritschler (AfD): Geht auch ganz schnell, weil die ganze Debatte wieder symptomatisch dafür war: Nicht einer konnte die Zahlen widerlegen, die wir in unserm Antrag nennen, nämlich dass die Gastronomie keinerlei Rolle bei dem Infektionsgeschehen spielt. Die Stanford-Studie, die Sie genannt haben, Herr Kollege Becker, hat überhaupt nichts mit Deutschland zu tun. Sie betrifft März bis Mai dieses Jahres, als es noch keine Hygienekonzepte, keine Masken gab, und ist überhaupt nicht mit der Situation in Deutschland vergleichbar. Das ist das beste Beispiel für Ihre unseriöse Panikmache. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir, da ich keine weiteren Wortmeldungen mehr sehe, am Schluss der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 9.

Damit kommen wir zur direkten Abstimmung, wie von der antragstellenden Fraktion beantragt. Ich frage nunmehr, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/11663 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, der sich der Stimme enthalten will? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/11663 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu:

10 Nimmt die Bildungsministerin einen Anstieg der Corona-Infektionen an Solinger Schulen billigend in Kauf zugunsten des ausgerufenen Regelbetriebs in voller Präsenz?

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11727

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem Abgeordneten Ott das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Ott.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Rudi Carell hat mal darüber gesungen, dass schuld daran nur die SPD ist. Aber das Schöne in dieser Debatte ist: Schuld

darin sind die Lehrerverbände, schuld daran ist der Städtetag, weil er nichts macht, schuld daran ist der Datenschutz, weil er nicht will. Schuld daran sind natürlich die Gesundheitsämter, weil sie es bei der Quarantäne einfach nicht richtig machen. Besonders schuld ist natürlich immer die Stadt Duisburg, schuld sind die Elternverbände.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben SPD und Grünen sind immer die anderen schuld. Man fragt sich, wann und wie im Bildungsbereich in Nordrhein-Westfalen endlich einmal Verantwortung übernommen wird, um mit allen gemeinsam zum Wohle der Eltern und der Kinder in unserem Land gute Lösungen zu finden.

(Beifall von der SPD und Horst Becker
[GRÜNE])

Außerdem fragt man sich, wer hier eigentlich regiert. Zum wiederholten Male verkündet der Ministerpräsident irgendetwas in Interviews, und die Ministerin, die kurz vorher noch gesagt hat, dass sie nicht komme, verkündet jetzt so nebenher, obwohl wir heute Morgen eine Unterrichtung hatten, dass die Weihnachtsferien in Nordrhein-Westfalen um zwei Tage verlängert werden. Das ist doch kein Konzept von Bildungspolitik, das ist Chaos pur, was hier stattfindet.

(Beifall von der SPD und Horst Becker
[GRÜNE])

Man stellt sich die Frage, wer hier eigentlich regiert, wer die Verantwortung hat. Ist die Ministerin diejenige, die die Entscheidungen trifft, ist es der Staatssekretär oder ist es vielmehr der Ministerpräsident,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Oder Herr Stamp!)

der in Interviews irgendwelche Zusagen macht, dann aber in der Debatte, die dazu geführt wird, gar nicht anwesend ist? So kann man in Nordrhein-Westfalen nicht regieren.

Ich finde, es ist mittlerweile an der Zeit, dass wir die Ernsthaftigkeit und das Verantwortungsbewusstsein wieder in das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen zurückbringen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Früher war alles besser!)

Ich appelliere an Sie, ganz entschieden, die Möglichkeiten, die vor Ort angeboten werden, um mit dieser schwierigen Situation umzugehen, anzunehmen und zu ermöglichen.

Die Teil- und Komplettschließungen in NRW nehmen zu. Wenn insbesondere die Lehrkräfte erkranken, kann auch kein digitaler Unterricht mehr stattfinden. Das wäre das Worst-Case-Szenario. Deswegen finde ich es schon sehr unverschämt, dass der stellvertretende Ministerpräsident heute Morgen die